

Niederschrift

zur 3. Sitzung des Ausschusses für Bauen, Ordnung und Umwelt am Mittwoch, den 22.01.2020,
um 17:00 Uhr im Landratsamt Beeskow, Breitscheidstr. 7, Haus A, Raum 127

Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr Sitzungsende: 20:15 Uhr

Es waren anwesend: siehe Anlage 1

Folgende Tagesordnung wird bestätigt und danach Verfahren

I. Öffentlicher Teil:

1. Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit
2. Bestätigung der Tagesordnung
3. Bestätigung des Protokolls der Sitzung vom 13. November 2019
4. Informationen aus der Kreisverwaltung
5. Baubeschluss für den Neubau eines straßenbegleitenden Radweges parallel zur Kreisstraße K 6744 Abschnitt 015 vom Ortsausgang Wendisch Rietz nach Dahmsdorf
VA: Dezernat III/Amt 65 - SG Kreisliche Infrastruktur
Vorlage: 006/2020
6. Ortsdurchfahrt Beeskow für landwirtschaftliche Maschinen
Vorlage: 11/FDP/BJA/BVFO/2019
7. Öffnung der Umgehungsstraße Fürstenwalde (B168) für landwirtschaftliche Maschinen im Sommerhalbjahr
Vorlage: 12/FDP/BJA/BVFO/2019
8. Stärkung des ÖPNV-Angebots im Landkreis Oder-Spree
Vorlage: 13/SPD/2019
9. Berücksichtigung ökologischer und sozialer Kriterien für Umwelt und Klima bei Investitions- und Beschaffungsentscheidungen des Kreistages
Vorlage: 14/DIE LINKE.PIRATEN
10. Information und Diskussion zur Erdöl- und Erdgasförderung am Schwiellochsee, VA.: Mitglieder der AfD-Fraktion, Frau Kaethner, Herr Neumann
11. Verkehrsentlastung Neu-Zittau
Vorlage: 17/DIE LINKE.PIRATEN
12. Information zur Barrierefreiheit in den Schulen des LOS VA: Amt 65
13. Vorbereitung der nächsten Sitzung

I. Öffentlicher Teil:

Zu TOP 1 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit

Der Ausschuss ist beschlussfähig.
Die ordnungsgemäße Ladung erfolgte.

Zu TOP 2 Bestätigung der Tagesordnung

Frau Kaethner bat um Erläuterung der Abkürzung „VA“ im TOP 10.

Herr Schneider erklärte, es bedeutet verantwortlich.

Frau Kaethner bat um die Vorlage von Mail-Verkehr zum TOP 10 „Information und Diskussion zur Erdöl- und Erdgasförderung am Schwielochsee“. Es geht dabei um die Antragstellung, welche am 19.11.2019 nochmals aktualisiert und konkretisiert wurde mit folgendem Inhalt „Für die nächste Ausschusssitzung erbitten wir die Aufnahme des Tagesordnungspunktes zum Themenkomplex der Erdöl- und Erdgasförderung der CEP GmbH am konkreten Fall der Förderung am Schwielochsee aus Sicht der Bürgerinitiative, Vertreter der Bürgerinitiative sollten zu Wort kommen“. Es wurde nicht gesagt, dass die Mitglieder der AfD-Fraktion zu diesem Thema auftreten, sondern Vertreter der Bürgerinitiative.

Herr Schneider erklärte, dass die Mitglieder Tagesordnungspunkte anmelden können. Die konkrete Formulierung der Tagesordnungspunkte erfolgt durch den Ausschussvorsitzenden.

Frau Kaethner verwies noch einmal darauf, dass in der Antragstellung formuliert war, die Bürgerinitiative Schwielochsee einzuladen. Dies erfolgte nicht und auch die Antragsteller wurden nicht entsprechend informiert. Frau Kaethner kritisierte die Negierung des Antrages und die Umbenennung des Tagesordnungspunktes.

Herr Schneider nahm den Hinweis entgegen, er bedauerte die nicht erfolgte Rückinformation.

Die Gestaltung des Tagesordnungspunktes erfolgte in Abstimmung mit der Verwaltung.

Frau Meyer fragte noch einmal nach - ob ein Antrag gestellt wurde, dieser zur Sitzung jedoch nicht mit vorgelegt wurde.

Herr Schneider erklärte dazu, es wurde ein Antrag für einen Tagesordnungspunkt gestellt, kein Antrag zu einer Entscheidung. Der Punkt wurde in die Tagesordnung aufgenommen. Es sollte in der Sitzung über dieses Thema diskutiert werden. Bei weiterem Bedarf kann die Bürgerinitiative zu einer späteren Sitzung geladen werden.

Frau Kaethner verwies noch einmal darauf, dass entsprechend ihrer Benennung des TOP Vertreter der Bürgerinitiative zur Sitzung anwesend sein sollten und sich äußern können. Wenn die Einladung der Bürgerinitiative nicht über die Verwaltung erfolgt, hätte Frau Kaethner eine entsprechende Information gehabt.

Herr Schneider verwies dazu auf seine vorherige Aussage.

Frau Kaethner bemerkte, dass in der vorigen Sitzung die Aussage getroffen wurde, den Punkt „Sonstiges“ zu streichen und dafür den TOP „Vorbereitung der nächsten Sitzung“ aufzunehmen. Über den Punkt „Sonstiges“ können Anfragen/Anliegen eingebracht werden.

Dazu beantragt Frau Kaethner die Wiederaufnahme des Punktes „Sonstiges“ oder eine adäquate Bezeichnung, um aktuelle kurzfristige Probleme vorzustellen und diskutieren zu können.

Herr Schneider erwiderte, dass der Punkt „Vorbereitung der nächsten Sitzung“ der Sammlung von Themen dient. Der Punkt „Sonstiges“ wurde gestrichen, weil dieser Punkt laut Kommunalrecht nicht zulässig ist. Es wird keine Öffentlichkeit hergestellt, da bei der Veröffentlichung der Tagesordnung keine Inhalte/Themen benannt werden.

Herr Rademacher fragte nach, ob es laut Geschäftsordnung nicht möglich wäre, im TOP 2 zusätzliche Tagesordnungspunkte zu benennen.

Herr Schneider erwiderte, das ist so nicht möglich, es können Dringlichkeitsanträge gestellt werden – bei wirklich dringenden Entscheidungen. Einfache kurzfristig aufgenommene Tagesordnungspunkte widersprechen ebenfalls der Öffentlichkeit.

Frau Kaethner fragte nach, mit welcher Begründung der von ihr beantragte TOP nicht mit ihrem Wortlaut aufgenommen wurden, welche Festlegung der Kommunalverfassung zugrunde gelegt wurde. Es sollte sich in der Ausschusssitzung unter Fachkollegen, einschließlich Amtsleitern, eine Meinung gebildet werden.

Herr Schneider erwiderte, die grundsätzliche Festlegung der Kommunalverfassung § 36 lautet, dass Sitzungen öffentlich sind. Die Öffentlichkeit wird mit der Veröffentlichung der Sitzung einschließlich der zu beratenden Themen hergestellt. Die kurzfristige Aufnahme von Themen widerspricht dem Grundsatz der Öffentlichkeit. Interessenten zu den Themen haben keine Möglichkeit zur Teilnahme an der Beratung.

Frau Kaethner bemerkte dazu, dann dürfte ja auch keine Tischvorlage ausgereicht werden.

Frau Kaethner kritisierte, dass von vornherein eine demokratische Anfrage, ein spezielles Problem gerade für diesen Ausschuss nicht in die Tagesordnung aufgenommen wurde. Das entspricht nicht dem demokratischen Gesichtspunkt, den Festlegungen der Kommunalverfassung und der Mandatsausübung.

Frau Kaethner äußert Protest gegen diese Vorgehensweise im Namen der Fraktion AfD.

Herr Schneider nimmt den Protest zur Kenntnis.

Herr Kahlisch fragte nach, was der Punkt 13 „Vorbereitung der nächsten Sitzung“ beinhaltet. Mit diesem Punkt können doch sicher Themen benannt werden, die diskutiert und der Verwaltung vorgelegt werden sollen.

Herr Schneider bestätigt dies. Die anzusprechenden Themen werden benannt, in der Tagesordnung aufgeführt und damit auch die Öffentlichkeit gewährleistet.

Herr Wende bemerkte, auch in Bezug auf die Schulungen ist es richtig, dass unter einem Punkt Sonstiges nicht Debatten über einen Antrag/eine Beschlussfassung geführt werden.

Herr Wende interpretierte Frau Kaethners Ansicht zum Punkt „Sonstiges“, dass dort Fragen gestellt und diskutiert werden können ohne Antrag-/Beschlusscharakter. In seinem Ausschuss gibt es diesen Punkt. Dort haben die Abgeordneten und anwesenden freien Träger die Möglichkeit, Fragen zu stellen. Bei möglichem Missbrauch des Punktes könnte auch über eine andere Bezeichnung, wie z.B. „Anfragen von Mitgliedern des Ausschusses“ im öffentlichen Teil und auch im nichtöffentlichen Teil. Dies gibt es in anderen Vertretungen. Das wäre auch eine Möglichkeit für diesen Ausschuss.

Herr Schneider schlug vor, den Punkt „Informationen aus der Kreisverwaltung“ zu ergänzen zu „Informationen aus der Kreisverwaltung und Anfragen“. Der TOP der Sitzung würde dann so erweitert werden.

Herr Gehm regte an, aus technischen Gründen den TOP 5 nach dem TOP 8 zu behandeln.

Es soll eine Präsentation erfolgen, wofür die technischen Voraussetzungen noch nicht gegeben waren.

Herr Schneider trug die Anträge zur Tagesordnung vor: Der TOP 4 wird ergänzt und lautet „Informationen aus der Kreisverwaltung und Anfragen“.

Dies wurde einstimmig bestätigt.

Der TOP 5 wird nach dem TOP 8 behandelt.

Dies wurde ebenfalls einstimmig bestätigt.

Die Tagesordnung in der geänderten Fassung wurde einstimmig bestätigt.

Während der Sitzung wurde die Vorstellung der Präsentation im Beratungsraum 126 angeboten, da dort die technischen Voraussetzungen vorhanden waren. Die dazugehörige Diskussion wird dann im Raum 127 fortgeführt.

Im Nachhinein erläuterte Herr Buhrke die Sachbehandlung der Anträge von Fraktionen. Eine Vorberatung in den Ausschüssen ist nicht maßgeblich für den Kreistag. Eine Beratung in den Ausschüssen ist nicht notwendig. Der Fachausschuss kann eine Empfehlung an den Kreisausschuss/Kreistag geben. Letztendlich muss der Antrag im Kreistag beraten werden. Zurücknehmen kann den Antrag nur der Antragsteller.

Über die Antragstellung entscheidet der Antragsteller selbst. Seitens der Kreisverwaltung wird der Antrag mit einem tagesordnungsfähigen Beschlusstext versehen.

einstimmig zugestimmt

Zu TOP 3 Bestätigung des Protokolls der Sitzung vom 13. November 2019

Das Protokoll wurde fristgemäß mit der Einladung zugestellt.

Herr Schneider favorisiert eine frühere Zustellung des Protokolls und wird die entsprechenden Abstimmungen mit dem Kreistagsbüro führen.

Es wurden keine Änderungen zum Protokoll eingereicht.

einstimmig zugestimmt

Zu TOP 4 Informationen aus der Kreisverwaltung

Zu den Informationen sprach Herr Gehm.

Zu Beginn bot er den Ausschussmitgliedern an, auch im Vorfeld der Ausschusssitzungen Anfragen einzureichen, um zum Ausschuss bereits die entsprechenden Rückinformationen geben zu können.

Grundthema war die Ansiedlung der Gigafactory in Grünheide. Aufgeworfene Probleme in den Medien waren in der letzten Zeit die Wasserversorgung und der Einfluss des Werkes auf die Wassergewinnung und das Trinkwasserschutzgebiet. Im Trinkwasserschutzgebiet wird keine weitere Wasserförderung erfolgen, dies würde dem Zweck des Trinkwasserschutzgebietes widersprechen. Eine notwendige weitere Förderung würde außerhalb des Schutzgebietes und auch in einem solchen Abstand erfolgen, dass die hydrologischen Verhältnisse nicht verändert werden.

Das Auffangen der Niederschlagswasser, die jetzt im Wald versickern, ist technisch so zu gestalten, dass die hydrogeologischen Verhältnisse nicht verändert werden, die Wassergewinnung nicht gefährdet wird. Im weiteren Umfeld gibt es genügend Grundwasser, Grundwasserströmungen. Es gibt entsprechende Untersuchungen auch älteren Datums dazu zum betroffenen Großraum. Es gibt verschiedenen Möglichkeiten zur Realisierung der Trinkwasserversorgung. Der Landkreis muss prüfen, ob die Trinkwasserversorgung gewährleistet ist. Bei technischen Maßnahmen, die einer rechtlichen Untersetzung bedürfen, ist in der Regel die Obere Wasserbehörde zuständig.

Frau Kaethner bemerkte dazu, dass sie zur Bürgerinitiative gegen TESLA gehört. Sie äußert, dass politisch gewollt ein großindustrieller, sehr dubioser Unternehmer für eine fragwürdige Technologie an einem völlig ungeeigneten Standort angesiedelt wird. Nach dem ROG wurden keine Standortprüfungen, keine Abwägungen vorgenommen. Frau Kaethner kritisierte die Aussagen des Landrates im Kreistag, nachzulesen in der MOZ vom 22.11.2019, zu Kritikern der Ansiedlung, welche als Einschüchterung anzusehen sind. Frau Kaethner kann die Auffassung von Herrn Gehm nicht teilen. Der Wasserverband hat ernsthafte, begründete Zweifel.

Sie verweist auf verschiedene Veröffentlichungen und Informationen. Frau Kaethner kritisiert die Zustimmung des Finanzausschusses zum Verkauf von 300 ha Wald und dass ein amerikanischer Investor das Grundstück erwerben konnte vor Erteilung einer Betriebsgenehmigung. 3 Fraktionen enthielten sich bei der Abstimmung. Die Fraktion der AfD kritisierte, dass der Grundstückskaufvertrag nicht vorlag. Andere Abgeordneten stimmten dem Vertragswerk in Unkenntnis des Vertrages zu.

Herr Wende bat darum, die vorliegende Stellungnahme zu den hydrologischen Strukturen den Ausschussmitgliedern zur Verfügung zu stellen, auch als Grundlage für weitere Diskussionen.

Herr Gehm erwiderte, es gibt keine fachliche Stellungnahme, es gibt eine Stellungnahme im Zusammenhang mit Presseanfragen. Herr Gehm würde diese Aussagen noch einmal zusammenfassen und bereitstellen und dem Protokoll beifügen.

Herr Mangelsdorf ermahnte, die TESLA-Ansiedlung sachlich zu betrachten. Beispielsweise können auch in anderen Regionen Brandenburgs Waldflächen zu ähnlichen Preisen erworben werden.

Frau Meyer befürwortete auch eine sachliche Betrachtung und Abwägung der Fakten bei solchen Großprojekten. Sie kritisierte polemische Aussagen der Bürgerinitiative, die auch eine Verunsicherung der Bürger hervorrufen.

Frau Kaethner äußerte nochmals ihre Ansicht, dass im Osten Deutschlands Flächen in Größenordnungen an ausländische Investoren und Anleger veräußert werden.

Herr Kaufmann stimmte ebenfalls einer sachlichen Herangehensweise zu. Er äußerte die Vermutung, dass die Versprechen zur Herrichtung der Verkehrsanbindungen sicher nicht im vollem Umfang erfüllt werden. Auch bei der Besetzung von Arbeitsplätzen sieht er Nachteile für den Randbereich des Kreises, aus Berlin besteht eine gute Bahnanbindung, aus den entfernteren

Regionen ist die Anfahrt beschwerlicher. Aus verschiedenen Quellen wird dazu noch geäußert, dass die amerikanischen Investoren im Nachbarland Polen Arbeitskräfte suchen. Auch in anderen Regionen gibt es Probleme mit dem Wasser. Die Niederschlagsmengen gehen zurück, der Zufluss beispielsweise durch die Spree wird auch geringer. Dies sind allgemeine Probleme, zu denen auch eine Lösung gefunden werden sollte. Herr Kahlisch verwies darauf, dass die entsprechenden Antragsunterlagen zur Errichtung der Betriebsstätte öffentlich ausliegen und eingesehen werden können. Einwendungen können vorgebracht werden und bei relevanten Problemen muss die Verwaltung entsprechend handeln. Frau Meyer verwies im Zusammenhang mit den Arbeitskräften darauf, dass Fachkräfte benötigt werden, die entsprechenden Ausschreibungen erfolgen auf Deutsch, Englisch und Polnisch. Von diesem Zulauf an Fachkräften können auch die Nachbargemeinden hinsichtlich einer Bevölkerungszunahme profitieren.

zur Kenntnis genommen

Zu TOP 5 Baubeschluss für den Neubau eines straßenbegleitenden Radweges parallel zur Kreisstraße K 6744 Abschnitt 015 vom Ortsausgang Wendisch Rietz nach Dahmsdorf VA: Dezernat III/Amt 65 - SG Kreisliche Infrastruktur Vorlage: 006/2020

Herr Fuls erläuterte die Beschlussvorlage.
Eine Präsentation war aufgrund der technischen Bedingungen nicht möglich.
Die Präsentation wird den Ausschussmitgliedern zur Verfügung gestellt.
Die Anfrage von Herrn Mernitz zur gleichzeitigen Verlegung eines Leerrohres verneinte Herr Fuls, bei der freien Trasse im Wald ist es nicht vorgesehen.
Frau Teltewskaja äußerte sich ebenfalls zum Breitbandausbau.
Frau Kaethner war irritiert über die Äußerungen von Herrn Fuls bezüglich des Beschlusses, sie sah dies als Information zur Baumaßnahme. Dazu erläuterte Herr Fuls noch einmal die Herangehensweise bezüglich Grundsatz- und Baubeschluss bzw. allgemeine Information zum Arbeitsstand.
Herr Wende regte an, eine Beschlussfassung zur Leerrohrverlegung zu initiieren.
Herr Kaufmann und Herr Dr. Mernitz traten in die Diskussion mit ein.

einstimmig zugestimmt

Zu TOP 6 Ortsdurchfahrt Beeskow für landwirtschaftliche Maschinen Vorlage: 11/FDP/BJA/BVFO/2019

Herr Kaufmann führte zur Erläuterung des Antrages aus, dass aus der Stadt Beeskow Beschwerden vorliegen, dass landwirtschaftliche Fahrzeuge nachts durch den Ort fahren. Dadurch entstehen gefährliche Situationen. Dazu gab es eine Bürgerbeschwerde an den Landrat. Zum Antrag selbst konnte Herr Kaufmann keine konkrete Aussage treffen.
Herr Rose, Amtsleiter Straßenverkehr und Ordnung, konnte weitere Erläuterungen geben. Herr Rose kennt den Antrag und er war zu Gast auf der Fraktionssitzung.
Seit 2007 gibt es ein anhängiges Klageverfahren bei dem geregelt werden sollte, ob der landwirtschaftliche Verkehr durch Beeskow fährt. Zur Zeit ist es der Fall. Hauptpunkt der Verhandlungen war, dass es bei der Durchfahrt großer Technik bei einem Grundstück in der Ringstraße zu erheblichen Erschütterungen kommt. Die Urteilsprechung des Gerichtes lautete, dass neu zu bescheiden ist. Dazu sollen alle Beteiligten herangezogen werden (Bauernverband, Landesbetrieb für Straßenbau, Landrat). Bereits im vergangenen Jahr gab es dazu eine Zusammen-

kunft mit dem Landesbetrieb für Straßenwesen und der Kreisverwaltung, zu der speziell zum landwirtschaftlichen Verkehr in der Stadt beraten wurde. Vom Landesbetrieb für Straßenwesen wurde dazu erklärt, dass Einzelverfahren zur Öffnung der Umgehungsstraße für landwirtschaftlichen Verkehr möglich wären, eine generelle Öffnung der Ortsumfahrung ist jedoch nicht möglich. Gleiches gilt auch für die Ortsumfahrung Fürstenwalde. Begründet wurde dies mit der Nutzung der Umgehungsstraßen als schnelle Verbindung. Die Beschwerde zur Verursachung der Erschütterung muss erwidert und ein entsprechender Bescheid zur Straßennutzung erstellt werden. Die notwendigen Absprachen mit den Beteiligten wurden geführt.

Zum Antrag, die Ortsumgehung für den landwirtschaftlichen Verkehr zu öffnen, wurden Gespräche geführt. Im Ergebnis wurde festgestellt, eine Öffnung ist nicht möglich. Begründet wurde dies mit der Funktion der Kraftfahrstraße.

Herr Schneider fragte noch, ob der Antrag seitens der Fraktion noch aufrecht erhalten wird.

Nach Aussage von Herrn Rose kann der Landrat nur beschränkt aktiv werden. Handlungsvollmacht hat der Landesbetrieb für Straßenwesen.

Herr Wende schlug vor, den TOP auf die nächste Sitzung zu vertagen. Die Fraktion hat dann noch die Möglichkeit zur Überarbeitung des Antrages.

Dazu wurde abgestimmt mit 8 Ja-Stimmen und 2-Nein-Stimmen.

vertagt

Zu TOP 7 Öffnung der Umgehungsstraße Fürstenwalde (B168) für landwirtschaftliche Maschinen im Sommerhalbjahr Vorlage: 12/FDP/BJA/BVFO/2019

Der Tagesordnungspunkt wurde zurückgezogen.

Begründet wurde dies mit der Sachlage analog TOP 6.

zurückgezogen

Zu TOP 8 Stärkung des ÖPNV-Angebots im Landkreis Oder-Spree Vorlage: 13/SPD/2019

Herr Mangelsdorf erläuterte den Antrag.

Ursachen des Antrages sind die Unverhältnismäßigkeiten im Regionalverkehr.

Im berlinnahen Raum bestehen sehr gute Anbindungen. Im ländlichen Raum dagegen bestehen an den Wochenenden in einigen Dörfern keine Möglichkeiten zur Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs. Hier können nur private Fahrzeuge genutzt werden. In der Woche ist der Anschluss nur durch den Schülerverkehr möglich.

Mit der Erstellung des neuen Nahverkehrsplanes sollte eine bessere Erschließung des ländlichen Raumes geplant und dafür mind. 1 Mio Euro vorgesehen werden.

Herr Buhrke antwortete dazu. Der Nahverkehrsplan wird 2020 beauftragt. Der Kreistag ist beteiligt und muss den Nahverkehrsplan beschließen. Aus dem Nahverkehrsplan kann ein Finanzbedarf abgeleitet werden, der abhängig ist von den gewollten Leistungen. Die Haushaltsplanung wird dann darauf abgestimmt. Zur Finanzierung gibt es Zuweisungen des Landes, die restlichen Mittel sind vom Landkreis aufzubringen, auch aus Umlagen.

Herr Wende unterstützte den Antrag. Die Fraktion Die Linke/Piraten hat einen Änderungs-/Ergänzungsantrag eingereicht, den Herr Wende noch einmal erläuterte. Herr Mangelsdorf erklärte auf Nachfrage, dass die Vertreter der SPD die ursprüngliche Antragsformulierung beibehalten.

Frau Kaethner bat um Erläuterung der Formulierung „1 Mio. Euro mehr und ein Nahverkehrskonzept“.

Herr Wende erwiderte dazu, die 1 Mio. Euro jährlich sollen für Fahrleistungen aufgewendet werden. Ein Konzept und ein Nahverkehrsplan sind vorzulegen.

Herr Buhrke ging noch einmal auf die Formulierung des Antrages zur Rekommunalisierung des ÖPNV ein. An der BOS ist der LOS anteiliger Gesellschafter, Mehrheitsgesellschafter ist die DB Regio mit 51 %. Als Minderheitsgesellschafter kann der LOS die Abtretung von Gesellschaftsanteilen nicht beschließen.

Herr Mernitz und Frau Kaethner äußerten sich zum Antragspunkt der Rekommunalisierung. Herr Schneider verlas nochmals den Text des weitergehenden Antrags der Fraktion Die Linke/Piraten, zu diesem Antrag erfolgte eine Abstimmung (6 ja, 3 nein, 2 Enthaltungen)

Es wurde noch über das Beschlussverfahren diskutiert.

Mehrheitlich zugestimmt

Nein 3 Enthaltung 2

Zu TOP 9 Berücksichtigung ökologischer und sozialer Kriterien für Umwelt und Klima bei Investitions- und Beschaffungsentscheidungen des Kreistages Vorlage: 14/DIE LINKE.PIRATEN

Herr Wende erläuterte den Antrag.

Herr Gehm gab die Stellungnahme der Kreisverwaltung dazu.

Die Präsentation konnte nicht gezeigt werden, sie wird den Ausschussmitgliedern zur Verfügung gestellt.

Herr Fuls ergänzte zum Bereich Bau. Eine Möglichkeit ist die Vorgabe einer Zertifizierung. Der Bund zertifiziert zum Beispiel nach BNB.

Damit gibt es eine Mindestanforderung an das Bauwerk. Damit werden jedoch höhere Investitionskosten entstehen. Eine Abstufung zwischen großen, mittleren und kleinen Baumaßnahmen ist vorteilhaft.

Frau Kaethner äußerte ihre Zustimmung.

Herr Kramer befürwortete die Überlegungen hinsichtlich der Zertifizierung.

Frau Grabs brachte mit ein, dass auch die Ökonomie mit beachtet werden sollte.

Sie regte an, im nächsten Ausschuss zum nachhaltigen Bauen informiert zu werden.

Herr Wende schlug vor, den Beschlussvorschlag abzuändern und anzupassen hinsichtlich nachhaltiges Bauen. Auch Herr Mangelsdorf bat um die Beachtung der Ökonomie.

Herr Fuls schlug vor, in der Verwaltung ein anwendbares Konzept zu entwickeln und vorzustellen.

Herr Schneider schlug vor, den Antrag um die Formulierung „Ein Vorschlag zur Umsetzung ist durch die Kreisverwaltung zu erarbeiten.“

Herr Kahlisch fragte nach, für welche Maßnahmen der Beschluss Anwendung finden soll und wie die unbestimmten Rechtsbegriffe umgesetzt werden und ob das notwendige Personal vorhanden ist.

Dazu antwortete Herr Fuls. Eine richtige Zertifizierung erfolgt durch ausgebildete Auditoren. Nur eine Angestellte der Kreisverwaltung hat eine Ausbildung als Auditor. Bei der Umsetzung bei größeren Maßnahmen muss externe Hilfe hinzugezogen werden.

Herr Mernitz ergänzte, dass gilt sicher nur für Leistungen des Landkreises.

Herr Wende nimmt ohne Rücksprache mit seiner Fraktion den Antrag noch nicht zurück. Er bittet um Beschlussfassung mit der Ergänzung.

Er sieht den Antrag als Arbeitsanstoß.

Die Kreisverwaltung wird ein Konzept erarbeiten vorlegen.

Mehrheitlich zugestimmt

Nein 2

**Zu TOP 10 Information und Diskussion zur Erdöl- und Erdgasförderung am
Schwielochsee, VA: Mitglieder der AfD-Fraktion, Frau Kaethner, Herr
Neumann**

Frau Kaethner kritisierte nochmals, dass der Antrag, der Bürgerinitiative die Möglichkeit einer Stellungnahme zu geben, nicht entsprochen wurde und auch keine Rückinformation an die Fraktion erfolgte.

Herr Schneider stellte dazu noch einmal klar. Tagesordnungspunkte können von den Fraktionen benannt werden. Es kann nicht verlangt werden, dass Nichtausschussmitglieder Rederecht haben. Der Ausschuss kann zum Rederecht von Gästen entscheiden.

Frau Meyer schlug dazu vor, dass die Vertreter der Fraktion AfD mit Vertretern der Bürgerinitiative erscheinen und in der Sitzung Rederecht beantragen.

Herr Kaufmann informierte zu einer kürzlich erschienenen Veröffentlichung im Radio, dass die Bohrungen beendet und die Bohrlöcher verschlossen wurden.

Frau Teltewskaja informierte über eine Entscheidung aus dem Ausschuss ländliche Entwicklung.

Demzufolge wird eine gemeinsame Beratung beider Ausschüsse mit Einladung von Vertretern der Bürgerinitiative und von CEP angestrebt. Nach Anfrage bei CEP werden die Bohrungsergebnisse zur Zeit noch ausgewertet, ein Auftreten bei einer Beratung könnte frühestens im Sommer erfolgen.

Herr Fuls bot an, die alte Präsentation aus dem Jahr 2018 dem Protokoll beizufügen.

Auch weitere Ausschussmitglieder begrüßten eine gemeinsame Beratung.

zur Kenntnis genommen

**Zu TOP 11 Verkehrsentlastung Neu-Zittau
Vorlage: 17/DIE LINKE.PIRATEN**

Bereits vorab bemerkte Frau Kaethner, dass dieser Punkt bereits im Landwirtschaftsausschuss als Powerpoint-Präsentation vorgestellt wurde, Material dazu wurde nicht übergeben. Das Vorhaben wurden bereits in der Stadtverordnetenversammlung Erkner beraten und abgelehnt. Sie bezweifelt, dass ohne vorliegende Unterlagen eine verantwortungsbewusste Entscheidung getroffen werden kann. Sie bittet um die Übergabe von entsprechenden Unterlagen.

Herr Wende erläuterte den Antragspunkt.

Frau Grabs sprach sich gegen den Beschlussvorschlag aus. Sie sieht zur Zeit keinen Handlungsbedarf in der Gemeinde Neu Zittau. Mit der Rekonstruktion dieser Landstraße gibt es keine Entlastung für die Gemeinde Neu Zittau.

Von Seiten der Verwaltungen äußerte sich Herr Gehm dazu. Es gibt derzeit mehrere Ansätze zu der Verkehrsproblematik, wobei die Gemeinden Gosen und die Stadt Erkner betroffen sind. Es geht vorrangig darum, eine Lösungsvariante zur Entschärfung der Verkehrssituation zu erarbeiten.

Herr Mangelsdorf regte ebenfalls an, verschiedene Lösungsvarianten zu prüfen und den Antrag dementsprechend allgemeiner formulieren.

Herr Wende würde die Hinweise mitnehmen und die Antragstellung eventuell abändern.

Dazu vergewisserte er sich, dass es für die jetzt vorhandene Variante schon genauere Vorstellungen einschließlich eines Planfeststellungsverfahrens und Vorplanung gibt. Bei neuen Varianten würden die Planungsverfahren neu anlaufen.

Herr Labahn, Sachgebietsleiter KIS, gab Ausführungen zum bisherigen Stand. In einer Präsentation wird eine Chronik dargestellt. Die Präsentation wird den Ausschussmitgliedern zur Verfügung gestellt. 2005 fand ein Raumordnungsverfahren statt, bei dem aus 5 Varianten eine Lösung hervorging. Im Landesstraßenbedarfsplan 2010 wurde eine südöstliche Umfahrung von Neu Zittau eingestellt. Auf dieser Grundlage könnte der Landesbetrieb Straßenwesen seine Planung fortführen. Es erfolgen derzeit keine Maßnahmen.

Andere im Landesstraßenbedarfsplan 1995 enthaltene Straßenbaumaßnahmen wurden nicht mehr mit übernommen. Die Ortsdurchfahrt Neu Zittau wurde zur Gemeindestraße abgestuft. Frau Grabs verwies darauf, mit der Ansiedlung von TESLA sollte nicht die Angst vor einem Verkehrskollaps geschürt werden. Es sollte kein präventiver Straßenbau erfolgen mit der Begründung der TESLA-Ansiedlung.

Frau Kaethner bat um die Bereitstellung der Präsentation.

Herr Wende sprach an, die vorbereiteten Präsentationen im Vorfeld der Sitzung über das Ratsinformationssystem zur Kenntnis zu geben bzw. nach der Sitzung.

Herr Schneider wird die Bereitstellung der Präsentationen mit dem Kreistagsbüro abstimmen.

zur Kenntnis genommen

Zu TOP 12 Information zur Barrierefreiheit in den Schulen des LOS VA: Amt 65

Herr Fuls erläuterte den Zustand hinsichtlich der Barrierefreiheit in den Schulen des Landkreises.

Diese Präsentation wird den Ausschussmitgliedern zur Verfügung gestellt.

zur Kenntnis genommen

Zu TOP 13 Vorbereitung der nächsten Sitzung

Vorschläge als TOP zur nächsten Sitzung wären:

- Ortsdurchfahrt Beeskow und Fürstenwalde (sofern kein Beschluss im Kreistag erfolgt)
- Ausreichung Fördermittel im Bereich Denkmalschutz 2019 und 2020
- Informationen aus der Kreisverwaltung und Anfragen – aktuelle Informationen zur TESLA-Ansiedlung

Eine Anfrage wurde zur Sitzordnung gestellt. Die nächste Sitzung findet in anderen Räumlichkeiten statt, die Sitzordnung wird dem Raum angepasst, es ist jedoch nur eine Ausweichunterbringung während der Bauphase.

Angesprochen wurde die Möglichkeit der Erstellung farblich unterschiedlicher Platzschilder (Abgeordnete, sachverständige Bürger, Vermerk Fraktion), papierlose Arbeit, Anträge elektronisch bereitstellen (versehen mit Zeilennummern), Zugang auch für sachverständige Bürger.

Herr Schneider nannte noch einmal die zur Verfügung zu stellenden Unterlagen/Präsentationen:

- Stellungnahme aus der Kreisverwaltung zur Wasserversorgung
- Präsentation zu den ökologischen und sozialen Kriterien bei Investitionen/Beschaffungen
- Präsentation zur Erdöl- und Erdgasförderung am Schwiellochsee
- Präsentation zur Verkehrsentlastung Neu Zittau
- Präsentation zur Barrierefreiheit in den Schulen
- Präsentation zum Baubeschluss Radweg K 6744

Achim Schneider

Vorsitzender des Ausschusses für
Bauen, Ordnung und Umwelt

Andrea Wickfelder

Schriftführerin